

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Wochenblatt und Montag als Wochenblatt mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Berater“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat September 150 Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Fernsprecher: Bonn 1970, 1971 und 1972. Amt Moabit 2021. Redaktionssekretariat: Dönhoff 5503.

Berlag und Exped. Berlin NS 40, Kronprinzenufer 27, I.

Die kleinstmögliche Monatsbeilage über deren Raum kostet 25.— Mk., einschließlich Unterhaltungsbeilage. Kleine Anzeigen: Das feinstbedruckte Wort 4.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk., einschließlich Unterhaltungsbeilage. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 10.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gelände in Wort-Anzeigen: das feinstbedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1.— Mk.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192. Berlin SW, 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Von der „Freiheit“ zum „Vorwärts“

Von Wilhelm Dittmann.

In der Geschichte der sozialistischen Presse wird die „Freiheit“, deren letzte Nummer hiermit in die Hände der Leser gelangt, einen Ehrenplatz einnehmen. Der Standpunkt der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von der November-Revolution bis zum Nürnberger Wiedervereinigungsparteitag hat in ihren Spalten seinen Niederschlag gefunden. Die ersten Politiker und Schriftsteller der Partei und der mit ihr konform gehenden ausländischen Bruderparteien zählten zu ihren Mitarbeitern. Mit dem Aufhören der Spaltung und dem Zusammenschluß der beiden sozialistischen Parteien, der in der Organisation und im Pressewesen eine Konzentration der Kräfte bedeutet, tritt die „Freiheit“ von der politischen Bühne ab.

Von nun an ist wieder wie vor dem Kriege, der „Vorwärts“ das Organ der gesamten Berliner Parteigenossenschaft. Und wie damals, so werden auch künftig in ihm alle Richtungen der geeinten Partei zu Worte kommen. Abgesehen von der Abwehr der Moskauer pseudo-kommunistischen Tendenzen wird das Blatt seine ganze Kraft der Bekämpfung der kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsbestrebungen und daneben der Schulung und Belehrung der Parteimitglieder widmen können. Damit tritt eine Klärung und Reinigung der politischen Atmosphäre ein.

Gar bald wird sich zeigen, daß in der geeinten Partei die alten Unterschiede und Gruppierungen nach den beiden bisherigen Parteien abgelöst werden von neuen Gruppierungen der Anschauungen. Nach Jahr und Tag wird dieser Umbildungsprozeß der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei ein neues Gesicht geben haben und der „Vorwärts“ wird diese Tatsache widerspiegeln. Alle diejenigen unter uns, die den Geist aufrechterhalten wollen, von dem die Unabhängige Sozialdemokratische Partei erfüllt war, haben das Recht und die Pflicht, in der geeinten Partei in diesem Sinne zu wirken. Niemand von uns wird dabei die Moskauer Methode der Zellenbildung wählen, die nicht läutert und klärt, sondern vergiftet und lähmt. Offen und brüderlich werden wir für unsere Anschauungen werben.

Im gegenseitigen sachlichen Austausch der Meinungen werden wir gemeinsam die Mittel und Wege zu finden suchen, die das Proletariat vorwärts führen durch die Nöte der Zeit und die schweren wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, denen wir entgegengehen. In selbstgewählter Disziplin werden wir die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Aktion, die von Mehrheitswillen der Partei bestimmt wird, wahren und immer neue proletarische Streiter unseren Reihen einverleiben.

Es wird Aufgabe der Berliner Parteigenossenschaft sein, durch ihre berufenen Organe dafür zu sorgen, daß der „Vorwärts“ neben seiner Aufgabe als Zentralorgan der Partei in allen diesen Kämpfen der Zukunft das Sprachrohr des Berliner Proletariats ist. Im engen geistigen Zusammenwirken der Redaktion mit der Masse der Parteigenossen muß sich das Blatt formen und gestalten. Der „Vorwärts“ wird sein, was die Parteigenossen aus ihm machen. Deshalb darf jetzt beim Übergang der bisherigen „Freiheit“-Leser zum „Vorwärts“ kein Genosse von Einzelercheinungen, die ihm vielleicht an dem neuen Parteiorgan nicht gefallen mögen, sich abhalten lassen, den Schritt mitzumachen. Er hat das Recht der Kritik an seinem Organ und kann alle seine Ausstellungen durch die Parteioorganisation zur Geltung bringen.

Schon die nächsten Wochen werden gebieterisch verlangen, alle Kräfte des Proletariats anzuspannen zum Kampfe um seine elementaren Lebensinteressen. Dabei wird das Parteiorgan, der „Vorwärts“, den Gefühlen und den Forderungen der Massen Ausdruck geben, wird der Wegweiser sein müssen in diesem Kampfe. So wird gar bald der Kampf und die Kampfgenossenschaft das innige Ver-

hältnis schaffen zwischen der Leserschaft und dem Blatte, das erforderlich ist zur gemeinsamen Förderung der proletarischen Interessen. Unsere kapitalistischen Gegner werden das Ihre dazu beitragen, die Zeit des Ueberganges abzukürzen und die neue Partei zusammenzuschweißen.

Deshalb: kein Schwanken und Beiseitreteten. Einig und geschlossen, wie wir zur neuen Gesamtpartei stoßen, wollen wir auch von der „Freiheit“ zum „Vorwärts“ gehen, wollen wirken und werben für das Blatt der Partei und des kämpfenden Proletariats, für unser Blatt, den „Vorwärts“!

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands

Der von der KPD. ins Leben gerufene sogenannte 15. Ausschuß in Berlin hat zum Sonntag, den 1. Oktober, zu Demonstrationen auf den Straßen und öffentlichen Plätzen aufgefördert. Hierzu erklären die Unterzeichneten, daß die deutschen Gewerkschaften mit diesen Demonstrationen nichts zu tun haben.

Berlin, den 29. September 1922.

H. D. G. B.
gez. Theodor Leipart.

„KfA“
gez. Aufhäuser, Säß-Böhr.

Abschied.

Von H. Stein.

Mit der heutigen Nummer stellt die „Freiheit“, das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, insofern der Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien, ihr Erscheinen ein. Mit der „Freiheit“ scheidet aus der führenden Berliner Presse ein Organ aus, das wohl mehr als alle anderen deutschen Zeitungen alle Phasen der revolutionären und nachrevolutionären Entwicklung zum Ausdruck brachte. Wenige Tage nach der Novemberrevolution gegründet, erlebte die „Freiheit“ in den nachfolgenden Monaten einen Aufstieg wie vorher kein einziges deutsches Presseorgan und wurde dann zum Mittelpunkt der stürmischen revolutionären Bewegung, die sich sowohl auf politischem, wie auf wirtschaftlichem Gebiete Geltung zu verschaffen wußte.

Wer, wie ich, vom ersten Tage an bis zum Rücktritt der alten „Freiheit“-Redaktion im April dieses Jahres an der Zeitung arbeitete, wird nicht ohne tiefe Bewegung an die zurückliegenden Kampfesjahre denken. Aber auch nicht ohne Genugtuung, denn wir erfüllten, von der Revolution auf vorgeschobenen Posten gestellt, die historisch notwendige Aufgabe der Sammlung und Vertiefung der revolutionären proletarischen Kräfte, die, von der Novemberrevolution zur Auflösung gebracht, sich in schwierigster innen- und außenpolitischer Situation auswirken mußten und gar oft der Gefahr ausgesetzt waren, von den Katastrophepolitikern rechts und links in den Abgrund gestoßen zu werden.

Diese Arbeit setzte unmittelbar nach der Gründung der „Freiheit“ am 15. November 1918 ein. In wenigen Tagen war ohne organisatorische Vorbereitung, ohne jedes Kapital — nur mit Hilfe eines Darlehens von 30 000 Mark — das Blatt ins Leben gerufen worden. Die unermüdete Mitarbeit der Berliner Genossen, die jahrelang unter der Herrschaft des Belagerungs Zustandes ein eigenes Organ entbehren mußten, und nicht minder die stürmische revolutionäre Entwicklung, bewirkten es, daß die Auflage der „Freiheit“ von anfänglich 30 000 nach wenigen Monaten — im Juni 1919 — auf 225 000 stieg. Allerdings konnte diese Auflage nicht lange gehalten werden. Die abflauende politische Bewegung und zugleich die zunehmende Verteuerung der Zeitungen bewirkten einen allgemeinen Rückgang des Zeitungswesens, dem sich auch die „Freiheit“ nicht entziehen konnte. Den härtesten Schlag jedoch fügte ihr die von den Kommunisten frivol heraufbeschworene Spaltung im Herbst 1920 zu, durch die

die „Freiheit“ wieder einen Teil ihrer Abonnenten einbüßte. Trotz angestrengter Arbeit konnte dieser Verlust von dem Unternehmen, das einzig und allein auf seine eigene Kraft angewiesen war, nicht wieder gutgemacht werden. Wie auf allen Gebieten, erwies sich die Moskauer Söldlinge auch hier als Schädlinge der deutschen Arbeiterbewegung, die, unfähig zur aufbauenden Arbeit, nur in der Zerstörung ihre Existenzberechtigung nachzuweisen bestrbt sind.

Gegen diese zerstörenden Tendenzen hatte die „Freiheit“ vom ersten Tage ihres Erscheinens an den Kampf zu führen. Es war ein Zweifrontenkrieg, der mit wechselnder Energie bald nach der einen, bald nach der anderen Seite geführt werden mußte. In den ersten Monaten der Revolution, unter der Regierung der ersten sechs Volksbeauftragten, galt es, unter möglichster Aufrechterhaltung der Einheit und Geschlossenheit der proletarischen Bewegung, einen Abwehrkampf zu führen gegen die utopisch-putschistischen Tendenzen, die auch in den Reihen der USPD. Eingang gefunden hatten und schließlich unsere eigenen Genossen in der Regierung zum Rücktritt veranlaßten. Dann aber, nach den Januar- und März-Kämpfen des Jahres 1919, nach dem Aufkommen des Moskauer Kurzes und der Wiedererweckung des alten Militarismus, dem eine Erstarkung des Nationalismus folgte, verschob sich der Schwerpunkt unseres Kampfes notwendigerweise nach rechts. Die „Freiheit“ war lange Zeit das einzige Berliner Organ, das die wiedererstarbte Reaktion auf innen- und außenpolitischem Gebiete bekämpfte. In ihren Spalten fand der Jörn und die Empörung der Klassenbewußten Arbeiterschaft wegen der Preisgabe einer revolutionären Position nach der anderen ihren Ausdruck. Sie war es, die unter dem Geheul der reaktionären Presse den Kampf aufnahm gegen die Mächtschast der reaktionären Mörderzentralen, gegen das Treiben der Garde-Kavallerie-Schützen-Division und der Abteilung Wittich, dieser militärischen Vorposten der sich fieberhaft organisierenden junckerlich-kapitalistischen Reaktion. Sie war es schließlich, die in einer mit neuen Kriegsgesahren erfüllten Atmosphäre allen militärischen Abenteurern, allen nationalpolitischen Friedensstörungen den unerbitterlichen Kampf ansagte und sich, namentlich in den kritischen Sommermonaten des Jahres 1919, an die Spitze aller jener Elemente stellte, die die Verwirklichung des Friedens als notwendige und unerläßliche Vorbedingung für den Aufbau der Republik und des deutschen Wirtschaftslebens betrachteten.

Wer sich jetzt rückwärtend der bewegten Vorgänge der Jahren 1919/20 erinnert, wird zugeben müssen, daß die Haltung der USPD. und ihres Kampfsprachrohres, der „Freiheit“ in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages, wie in der Bekämpfung des Baltikum-Abenteuers und ähnlicher Extratouren der sich heimlich rüstenden Militärreaktion, durch den Verlauf der Geschichte glänzend gerechtfertigt ist. Man mag sich zum Versailler Friedensvertrag stellen wie man will — und wir sind die letzten, die ihn gutheißen oder aufrechterhalten möchten — doch eines ist klar: daß jeder andere Weg als der der sogenannten „Erfüllungspolitik“, die nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages einsetzte, eine wirtschaftliche und politische Katastrophe von ungeheurem Ausmaße heraufbeschworen und jene Generäle, die im Sommer 1919 zum Aufstande gerüstet in Ostpreußen, Oberschlesien usw. dastanden, zu den Herrschern Deutschlands, zu unumschränkten Herren über das deutsche Proletariat gemacht hätten, ohne daß dadurch die allgemeine wirtschaftliche Verelendung gemildert worden wäre.

Die Erkenntnis dieser fundamentalen Tatsache der deutschen Politik, auf die als erste die USPD. hingewiesen hat, ist schließlich Gemeingut nicht nur der deutschen Arbeiterklasse, sondern auch aller ehrlichen bürgerlich-demokratischen Elemente geworden. Sie hat nicht wenig dazu beigetragen, daß die im Kriege entstandenen tiefen Differenzen zwischen dem rechten und linken Flügel der Arbeiterbewegung gemildert, und daß die praktischen Aktionen der beiden sozialdemokratischen Parteien auf dem Gebiete der Außenpolitik vereinheitlicht wurden. Dasselbe Ergebnis hatte schließlich der Kampf der USPD., und insbesondere

der „Freiheit“ gegen die Noth-Politik, die steigenden Widerspruch auch in den Reihen der SPD. fand und durch ihren Zusammenbruch während des Kapp-Putsches den tiefen Zusammenhang zwischen dieser Politik und der monarchistischen Reaktion offenbarte.

Es würde zu weit führen, wollte ich hier noch im einzelnen auf die Arbeit der „Freiheit“, insbesondere ihres langjährigen Leiters, des Genossen Hilferding, auf dem Gebiete der Wirtschaft- und Finanzpolitik eingehen. Es genügt wohl der Hinweis, daß die „Freiheit“ auf diesem Gebiete, namentlich soweit die Fragen der Sozialisierung und der Besteuerung in Betracht kommen, der gesamten Arbeiterbewegung führend voranging und sowohl den politischen wie den gewerkschaftlichen Organisationen die Richtlinien ihres praktischen Handelns wies.

Leitender Grundsatz war hier, wie auf allen anderen Gebieten der, der gesamten deutschen Arbeiterbewegung Aufgaben zuzuweisen, die unter nüchternen Beurteilung der gegebenen Möglichkeiten und Kräfteverhältnisse, die Kampfkraft des Proletariats auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete steigern, seine Wirkungsfähigkeit national und international verstärken und seine Erkenntnis in sozialistischer Richtung vertiefen sollten. Daraus ergab sich die Notwendigkeit des Kampfes einerseits gegen kleinbürgerliche Verzerrung und Preisgabe der Grundsätze des Klassenkampfes und andererseits gegen die Illusionen und Utopien, durch die die Arbeiterklasse auf Abwege geführt, von ihrem realen Kampfboden abgelent und um ihre Geschlossenheit und Einheit gebracht werden sollte.

Die schwer dieser Kampf auch war, er mußte geführt werden, um die Lehren des Krieges und der Revolution in dem praktischen Wirken der zu größerem politischen Einfluß gelangten deutschen Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen. Dieser Kampf ist auch heute nicht beendet. Zwar ist das Gros der deutschen Arbeiterklasse nun in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zusammengeschlossen, aber noch immer stehen wertvolle Elemente der Arbeiterbewegung entweder abseits oder unter dem Einfluß der kommunistischen Partei. Sie von der Unrichtigkeit ihres Standpunktes zu überzeugen und mit der einheitlichen sozialistischen Arbeiterbewegung zu verschmelzen, wird neben der Vertiefung der sozialistischen Bewegung überhaupt eine der vornehmsten Aufgaben der geeinigten Sozialdemokratie sein. Dieser Aufgabe hat die „Freiheit“ während ihrer fast vierjährigen Existenz ihre Hauptkraft gewidmet. Sie wird nun in anderer Form fortgeführt werden. Unter diesem Gesichtspunkt sagen wir heute:

Die „Freiheit“ ist tot — es lebe die Freiheit!

Auch im Winter Sonntagsfahrkarten. Die die P. P. R. erfahren, werden die Sonntagsfahrkarten, durch deren wesentlich ermäßigten Preis der Ausflugsverkehr der ärmeren Städte und damit die Erholungsmöglichkeit der städtischen Bevölkerung beschränkt werden sollen, auch nach dem 1. Oktober eintretenden Preiserhöhung — selbstverständlich unter entsprechender Erhöhung — und auch für die Zeit des am 7. Oktober in Kraft tretenden Winterfahrplanes beibehalten werden.

Die Mindestkraft für Expreßgut erhöht sich ab 1. Oktober auf 75 Kilo.

Sunger-Debatte im Landtag

Der preussische Landtag begann gestern um 10 Uhr seine Sitzung. Auf der Tagesordnung stand eine lange Kette von Interpellationen und Anträgen, die sich auf die Teuerung, die Bekämpfung des Wuchers, die Wohnungsnot, die Erwerbslosenfürsorge und die Not der Kleinrentner bezogen. Das Haus schien für die große Bedeutung dieser hochwichtigen Fragen nicht das erforderliche Verständnis zu besitzen. Es war äußerst schwach besetzt, und erst während der Rede des Genossen Limberg kam etwas Leben zwischen die gelichteten Bänke.

Genosse Limberg wandte sich zuerst gegen die deutsch-nationalen Demagogen, die die Schuld an unserem wirtschaftlichen und finanziellen Elend der Revolution und der Republik zuschieben wollen. Es sei unwar, die Erfüllungspolitik für die gegenwärtige Teuerung verantwortlich zu machen. Ohne Erfüllung wären wir längst im Chaos erstickt. Die Erfüllungspolitik allein habe es möglich gemacht, daß sich im Auslande zwar langsam, aber doch stetig ein Stimmungsumschwung durchsetze. Unsere Chancen im Auslande würden allerdings noch weit besser sein, wenn die Politik der Regierung Wirth nicht dauernd durch die deutsch-nationale Katastrophopolitik durchkreuzt würde. Die kapitalistischen Kreise hätten es verstanden, sich jetzt den Grundgedanken der Erfüllungspolitik zu eigen zu machen. Sie seien aber nicht gewillt, Erfüllungspolitik zugunsten des deutschen Volkes zu treiben. Vielmehr läme es ihnen auf ein Auffüllen ihrer Taschen an. Nur so sei der Stinnes-Vertrag zu verstehen. Jetzt müsse es Aufgabe der Regierung sein, wenigstens dafür zu sorgen, daß die sozialen Interessen in das Stinnes-Abkommen eingeschaltet und die Mitwirkung der Gewerkschaften gesichert werde. Unwar sei es, wenn die Deutsch-nationalen behaupteten, Deutschland franke an zuviel Sozialismus. Im Gegenteil, Deutschland franke an zu wenig Sozialismus. Dafür stehe Egoismus, Wucher und Wirtschaftsanarchie in vollster Blüte. Breite Schichten von Parasiten hätten sich in die Volkswirtschaft eingeschlichen, das Schieber- und Wuchertum sei heute in vielen Zweigen der Wirtschaft tonangebend geworden.

Mit besonderer Energie wandte sich Genosse Limberg dann gegen die Versuche, an dem Nachstundentag zu rütteln. Er wurde dabei durch lebhaften Zustimmung aus den Reihen der Sozialdemokratischen Fraktion unterstützt und fuhr dann mit erhobener Stimme fort, daß an der einmütigen Haltung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei in der Frage des Nachstundentages nichts geändert werden könne, wenn die eine oder die andere Person, die sich Sozialdemokrat nenne, seine Privatansticht über den Nachstundentag zum Besten gebe. Genosse Limberg wandte sich dann der Teuerung zu und schilderte an vielen Beispielen die Notlage, in die die arbeitende Klasse durch das fortgesetzte Anschwellen der Preise veretzt wird. Besonders wertvoll waren seine Ausführungen über die Entwicklung der Kohlenpreise. Er wies schlagend nach, daß die Vergarbeiterlöhne im Kohlenpreis nur einen ganz geringen Bruchteil ausmachen. Der Abstand zwischen Arbeiterlohn und Kohlenpreis sei seit 1914 immer größer geworden. Nicht die Arbeiter, sondern die Kohlenherren ziehen aus der dauernden Kohlenpreiserhöhung den Riesengewinn.

Genosse Limberg besprach sodann das Bestreben der Landwirtschaft, den Preis für Umlagegetreide zu vervierfachen. Er warnte die Landwirtschaft, die Dinge auf die Spitze zu treiben, sonst könne auch einmal ein Tag der Abschreckung kommen. Die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien, so schloß Genosse Limberg seine Ausführungen, werde hoffentlich alle Kräfte frei machen, damit endlich die deutsche Arbeiterklasse ihrer Bedeutung entsprechend jenen Einfluß auf die Politik bekomme, der ihr zustehe.

Der deutsch-nationale Redner, Herr Bäcker, nahm die Landwirtschaft in Schutz. Er verteidigte ihre Preispolitik und warf schließlich der Deutschen Volkspartei Verrat an

der nationalen Sache vor. Während dieser Rede kam es wiederholt zu lebhaften Zwischenrufen. Charakteristisch war, daß Herr Bäcker am Schlusse seiner Rede zur Bildung einer — Einheitsfront aller deutschen Volksgenossen aufrief. Zum Elend noch der Hohn, daß war die Grundtendenz dieser deutsch-nationalen Rede.

Die Kommunisten, die im Landtag so tun, als seien sie die einzigen, die die Teuerung ernsthaft bekämpfen, schickten als Redner ihren Genossen Schütz vor. Jgendwelsche Vorschläge zur Bekämpfung der Not mußte dieser nicht zu machen. Der Hauptteil seiner Rede bestand in Angriffen gegen die geeinte Partei. Er hatte das Haus sehr schnell leer geredet, selbst die Mehrzahl seiner Fraktionsgenossen verzog sich aus dem Saale. Seine Drohung, daß die Arbeiterklasse an den „Verrätern“, die die Einigung vollzogen haben, grausame Rache nehmen werden, löste allgemeine Heiterkeit aus.

Zum Schluß sprach der Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf. Kennenwerte Vorschläge zur Bekämpfung der Teuerung waren auch von ihm nicht zu hören.

Ein Denunziationschön

Die „Rote Fahne“ hat immer Stoff zum Schimpfen. Zur Abwechslung entläßt sie sich darüber, daß in einer Berliner Korrespondenz mitgeteilt war, daß auf der letzten Konferenz der Berliner kommunistischen Betriebsräte ein gewisser Börner das Referat gehalten habe. Die Korrespondenz hatte daran die Bemerkung gefügt, daß hinter diesem Börner sich der bekannte Führer der Berliner Organisation der SPD, der auf dem äußersten linken Flügel der Partei stehende Maslow verberge. Diese Mitteilung wird von der „Roten Fahne“ unter den üblichen hysterischen Beschimpfungen als Denunziation zurückgewiesen. Gleichzeitig teilt ein Betriebsrat A. Börner in der „Fahne“ mit, daß er tatsächlich Börner sei. Wir möchten an die aufgeregten Herren in der Redaktion der „Fahne“ eine kleine Anfrage richten, die sie zwar nicht in der „Fahne“ öffentlich, aber dafür in der Redaktionsstube unter sich freundlich beantworten wollen. Glauben sie denn wirklich, daß es bei der SPD noch irgend etwas zu denunzieren gebe? Sie wissen doch ganz genau, daß jeder Mensch weiß, daß Maslow unter dem Decknamen Börner auftritt. War z. B. der Herr Börner des letzten Jänner Parteitages etwa nicht mit Maslow identisch? Glauben die SPD-Führer, daß sie bei ihrem Betriebsräteatier irgend einen Menschen einreden können, daß nicht die Maslow und seine engeren Freunde die Regisseure und Drahtzieher, die Verfasser der zahllosen Resolutionen sind, mit denen diese „Führer“ neue Aktionen und neues Elend vorbereiten wollen. Diese Herrschaften, die vor der Revolution sich nie um die Arbeiterbewegung gekümmert haben, von ihren Problemen nicht die geringste Ahnung haben, sollten ruhig dahin gehen, woher sie gekommen sind. Die sozialistische Arbeiterklasse hat von ihrer Betrügnungsarbeit genug und wird sich auch gegen sie ihrer Haut zu wehren wissen.

Die finanziellen Seignungen des Krieges für Griechenland. Das kriegerische Abenteuer dieses Landes hat ihm ein gut Stück Geld gekostet. Es galt doch, 220 000 Mann im Felde zu versorgen — eine enorme Belastung für das kleine Land; seit dem letzten Jahre täglich 8 Millionen Drachmen, die Hälfte der Kriegskosten wurde durch innere Anleihen, teilweise durch Zwangsanleihen, aufgebracht, die eine Inflation im Lande hervorriefen, welche notwendigerweise zur Geldentwertung führen mußte. So kostete noch Anfang 1921 ein englisches Pfund 47 Drachmen, März 1922 dagegen bereits 120, obwohl die Einfuhr gewaltig einschränkte, da nur Waren hereingelassen wurden, welche Kriegszwecken dienten. Und so ist die bezeichnende Tatsache zu vermerken, daß die Einfuhr aus England, dem Schutzpatron des griechischen Krieges gegen die Türken, von 301 Millionen Pfund im letzten Jahr auf 157 Millionen zurückging. Der Krieg ist kein gutes Geschäft!

Aus dem dunkelsten Deutschland

Von Paul Padan.

Es hat immer Leute gegeben bis auf den heutigen Tag, die so schnell vergessen, die, wenn sie mal plötzlich und durch einen glücklichen Zufall von einem Sonnenstrahl beschienen werden, nichts mehr davon wissen, daß sie bislang in Dunkel und Dreck gelebt haben. Ihnen muß das Gewissen geschärft werden. Das gilt vornehmlich auf dem weiten und wüsten Feld der Politik. Gewiß, beschiedene Erfolge haben wir hier erzielt, und die Throne in Deutschland sind leer. Aber darum darf man noch lange nicht jubeln: Es ist eine Lust zu leben! An der deutschen Republik wird immer noch von den Reaktionären gezerrt und gerissen, alles steht noch auf schwachen Füßen, und man kann gar nicht wissen, ob nicht eines Tages die Herrschaften „von Gottes Gnaden“ wieder da sind, und uns „herrlichen Zeiten“ entgegenführen. Durch viel Kummer, Schande und Schmach sind wir in Deutschland aus Schuld der Fürsten hindurchgegangen, niemals darf vergessen werden, was das Volk litt, während die Regierenden sich brüsteten und neue Lasten für die Untertanen ausbrüteten. Ein paar Beispiele aus dem vormärzlichen Deutschland mögen das beweisen.

Lange bevor die 1848er Revolution Deutschland aufrührte, damals bereits, als es in den Herzen der Besten, Tapfersten und Aufrichtigsten aus dem gequälten und geknechteten Volk erst gewissermaßen weiterleuchtete von der kommenden Revolution, hatten die Regierenden bereits Vorsorge getroffen, daß das Volk noch fester und grausamer als bisher an die Kette gelegt werde. Denn die Fürsten haben immer seine Rassen gehabt für die Gefahr, die ihren Thronen und Thronchen drohte. Bereits am 20. September 1819 wurde eine Zentral-Untersuchungskommission eingesetzt zur Feststellung des Tatbestandes revolutionärer Umtriebe. 1825 wurden 42 bayerische und 22 württembergische Untertanen zu schweren Strafen verurteilt. Am barbarischsten aber waren die Strafen im freien Preußen. 17 junge Männer, die der Teilnahme an verbotenen Verbindungen beschuldigt wurden, erhielten zusammen 241 Jahre Festungshaft! Unerbört war auch das Wüten der Zensur. In Hannover mußten sogar Hochzeitsgedichte und Beichtpredigten dem Zensor unterbreitet werden, und als einmal ein Schriftsteller bei einer kritischen Besprechung sich auf die Autoritäten von

Goethe und Schiller berief, bemerkte der Zensor, das seien wohl Autoren, aber nicht Autoritäten, und setzte im Manuskript Autoren, statt Autoritäten. Auch sonst war man in Hannover außerordentlich bedacht auf das Wohl der Untertanen. Der Kabinettsrat von Schele mußte die Beamten scharf zu verpflegen, die nur ganz entfernt an oppositionellen Richtungen beteiligt waren. Als ein Advokat sein Gesuch um Anstellung einreichte mit der Begründung der Mittellosigkeit seiner Eltern, fragte ihn Schele: „Was ist Ihr Vater?“ Auf die Antwort: „Buchbinder“, kam die unverschämte Erwiderung des Ministers: „Werben Sie auch Buchbinder“. Rein Wunder, wen Bauern, denen vom Ammann gesagt wurde, der Herrscher wolle ihr Bestes, prompt antworteten: „Ja, daß er unser Bestes will, haben wir schon lange gewußt, aber grade das wollen wir ihm nicht geben!“

Wie in Preußen der „beschränkte Untertanenverstand“ eingeschätzt wurde, davon dieses Pröbchen. Sieben Göttinger Professoren hatten öffentlich Protest erhoben gegen den Verfassungbruch des Königs. Unter diesen sieben befand sich auch ein gebürtiger Elbinger, dem Elbinger Bürger ein zustimmendes Schreiben für den Protest sandten. Darauf erteilte ihnen der preussische Minister des Innern, von Nochow, folgenden amtlichen Verweis: „Dem Untertan ziemt es nicht, an die Handlungen des Staatsoberhauptes den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen und sich in dünkelfhaftem Uebermut ein öffentliches Urteil über die Rechtmäßigkeit derselben anzumessen. Die Unterzeichner der Adresse hätten daher in dem Benehmen der Göttinger Professoren nicht eine Verleumdung der gesetzlichen Ordnung, sondern nur ein unziemliches Auflehnen, ein vermessenes Unternehmern erblicken sollen.“ Wilhelm II. hat bis in die letzte Zeit auf diesem Standpunkt des Herrn von Nochow gestanden.

Ein Landesvater von wahrhaft rührender Liebe für seine Untertanen war der Fürst von Reuß-Lobenstein-Ebersdorf. Im Amts- und Regierungsblatt des Fürstentums von 1845 findet sich folgende erschütternde Notiz: „Serentismus hat die hohe Gnade zu haben geruht. Die Wähmänner zu Girschberg, sechs an der Zahl, welche zu dem zu Tonna angedrohten Feuer geeilt und mit der aufopferndsten Bereitwilligkeit Dienste geleistet hatten, öffentlich, vor der Front Allerhöchster Gnädigkeit zu beloben und dem Aeltesten derselben, nachdem er sich durch Tauffchein als solcher ausgewiesen, zum Zeichen Aller-

höchster Zufriedenheit und Anerkennung Höchst eigenhändig die Hand zu reichen.“ Rein, aber so was liebes und Reites! Man denke, ein richtiger Fürst gibt einem armen, alten Feuerwehmann die Hand. Es war doch eine Lust zu leben. Ein lieber Mensch ist auch der Fürst Heinrich der 72. von Reuß gewesen, der eine Order erteilte, nach der er aus Prinzip jeden seiner Untertanen mit einem Taler bekraste, der einen anderen seiner Untertanen nicht bei Titel oder Rang anredete.

Ja, so etwas hat es tatsächlich gegeben und Leute hat es gegeben, die derartige Unverschämtheiten verteidigten und gut hießen. Und steigt heute, hört man davon, die Rote der Scham und Entrüstung ins Gesicht. An euch, Arbeiter, aber liegt es, diese Schandiaten geförderter Dummköpfe und Volksausbeuter niemals zu vergessen und auf der Wacht zu sein, daß sie nie wiederkehren!

Die russische Kunstausstellung in Berlin. Anfang Oktober wird in Berlin in den neuen Ausstellungsräumen der Galerie Van Diemen u. Co. Unter den Linden 11, die erste allgemeine russische Kunstausstellung eröffnet, organisiert vom Kommissariat für Wissenschaft und Kunst, gemeinsam mit dem Auslandskomitee für die Kunstgenossen in Russland. Alle Richtungen sind vertreten, besonders die Arbeiten, die in den Kriegen- und Revolutionsjahren entstanden. Die Arbeiten repräsentieren die künstlerischen Kräfte des neuen Russland. Besonders vertreten sind mit Gemälden die Künstler: Altman, Gurjuk, Malzewitsch, Bilonow, Strenbera, Chaanli, Wessner, Kalk, Rodenko, Kolanowa, Erter, Ventulow, Raschlow, Rudnikow, Kuschidew, Archipow und Korowin, mit Skulpturen: Tassin, Gabs und Altman, mit Theaterdekorationen: Jakulow, Erter und Altman.

Tagesnotizen

Am 1. Konzert der Volkshäuser am Sonntag, den 8. Oktober, mittags 12 Uhr im Theater am Blüchplatz wird Dr. Ernst Jander mit dem Berliner Volkschor und dem Blüchener-Orchester Abende zur „Der gefesselte Prometheus“ von Händel und „Die erste Walpurgisnacht“ von Mendelssohn zur Aufführung bringen. Solisten: Professor Ferdinand Wegner, Paula Weinhaim, Paul Bauer, Kammerjungfer Werner Engel.
Dem Verlag „Neues Theater“, G. Berger & Co., wurde eine „Dramatische Abteilung“ angegliedert, die aus den bisherigen Beständen des Verlages erwerbend, ohne wirtschaftliche Tendenz gestaltet wird. Die Reihe eröffnen „Die Schakden“ von Eugen Oliner, dessen Thema „Der Marschall und sein Sohn“ im Münchener Stadttheater durchschlagenden Erfolg hatte; begleichen „Endspiele für das intime Theater“ von Guillelmo Schreiber, sowie eine Neubearbeitung des Schloßchen „Der Zöllner“.
Im Kestner-Theater wird das Schauspiel „Der Moskauer Künstler“ von Stanislawski an der Spitze infolge des außerordentlichen Andranges um zwei Abende verlängert werden. Zur Aufführung gelangen am 4. Oktober „Der Koffer“ von Iwanowitsch, am 5. Oktober „Der Schmeißer“. Der Vorverkauf für diese Vorstellungen beginnt am Mittwoch, den 27. Sept.

Sozialistische Gemeindegarbeit

Als vor zwei Jahren zum ersten Male bei den Wahlen zur neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung die Berliner Arbeiterpartei unter der Führung unserer Partei mit Mehrheit das Stadtparlament besetzte, schrieb die „Freiheit“:

Die Aufgaben, die uns im neuen Berlin erwarten, sind außerordentlich groß. Wir kommen in eine Stadtgemeinde, die durch die Raubpolitik der bürgerlichen Klassen verwüstet worden ist. Schwierigkeiten über Schwierigkeiten werden uns im Wege stehen. Mit den kapitalistischen Kreisen werden wir heftige Kämpfe zu bestehen haben, wenn wir das Allgemeininteresse zu ihrem Profitinteresse in Gegensatz setzen. Aber wir wären schlachte Kerle, wenn wir uns durch Schwierigkeiten hindern ließen, den Weg zu gehen, den wir im Interesse des Proletariats gehen müssen. Wir wissen, daß wir in der Gemeinde unser Endziel nicht verwirklichen können. Der Kampf darum wird in den großen sozialen Kämpfen ausgefochten außerhalb des Parlaments. Das hindert uns aber nicht, Gegenwarts- und Zukunftsarbeit zugleich auch heute schon in der Gemeinde zu treiben.

Wir gehen in das neue Groß-Berlin hinein mit dem festen Entschluß, auch durch die kleine Gegenwartsarbeit dem Sozialismus Schritt für Schritt die Wege zu ebnen und unserm großen Endziele vorzubereiten.

Zeit diesem Tage ist die Arbeiterpartei in Berlin schwer zurückgeworfen. Der Wahlsieg der bürgerlichen Parteien am 16. Oktober vorigen Jahres war eine schwere Schlappe. Er hat uns bei zahlreichen wichtigen Entscheidungen im Stadtparlament eine wirkliche Vertretung der Arbeiterinteressen unmöglich gemacht. Der starke Druck, der den nationalen und völksparteilichen Stimmen, die leider oft genug durch die Kommunisten untermischt werden, hemmt unsere Arbeit auf Schritt und Tritt. Trotzdem haben wir auch in Berlin nicht vergeblich gearbeitet. Die Schöpfung und der Ausbau der Groß-Berliner Gemeinde zu einem einheitlich vorbildlich geleiteten und wahrhaft demokratisch verwalteten Gemeinwesen war und ist nicht die Aufgabe eines Tages. So scharf die Bürgerlichen die Einheitsgemeinde bekämpft haben, so scharf ein großer Teil des Bürgertums sie heute noch bekämpft — im preussischen Landtag werden diese Kämpfe in diesem Winter ausgetragen werden —, heute steht doch fest: die Einheitsgemeinde hat sich durchgesetzt. Die wirtschaftlichen Aufgaben, auf die wir uns gekümmert haben, haben sich als die härteren erwiesen. Heute kann niemand mehr bestreiten, daß nur ein einheitliches Berlin die ungeheuren Aufgaben im Interesse der vier Millionen Bevölkerung lösen kann. Hunderte von Millionen sind an Verwaltungskosten erspart worden, um Hunderte von Millionen für die Herstellung von Gas, Wasser, Elektrizität usw. in der neuen Gemeinde verbilligt werden.

Die größte Schwierigkeit, die die sozialistische Arbeiterpartei bei ihrem politischen und wirtschaftlichen Kampf zu überwinden hat, ist das Vorhandensein einer mehr oder minder geschulten, eingearbeiteten, rein bürgerlich orientierten Bürokratie. Sie ist als Herrschaftsinstrument der bürgerlichen Klassen großgeworden und verrichtet ihren Dienst im blinden Interesse auch noch, trotzdem der Einfluß der Arbeiterpartei gegen früher erheblich gewachsen ist. In der Berliner Gemeinde, wie in allen Gemeinden überhaupt — ist es verhältnismäßig leichter als in der staatlichen Verwaltung der reaktionären Tendenzen der Verwaltungsmaschinerie Herr zu werden. Die Stadtverwaltung ist gewiß rücksichtslos. Ihre gründliche Reform ist eine der drin-

gsten Aufgaben, die in den Parlamenten gelöst werden muß. Und doch können die Einwohner in den Städten an der Verwaltungsarbeit ganz anderen Anteil nehmen als daß bei der staatlichen Verwaltungsarbeit möglich ist. In hundert von Deputationen in den Bezirken und in den zentralen Verwaltungen, in besoldeten Funktionen und in ehrenamtlicher Tätigkeit dringt die Arbeiterpartei in die Verwaltungsmaschinerie ein. Sie lernt sie in ihrem innerem Betrieb kennen, wird vertraut mit den wirtschaftlichen und rechtlichen Schwierigkeiten, die der Durchführung ihrer Ziele entgegenstehen. Sie lernt in der „praktischen Arbeit“ unmittelbar den Feind kennen, den es zu überwinden gilt. Zu überwinden mit dem politischen Mittel des Wahlkampfes, der Sammlung der Massen um die Organisationen der Arbeiterpartei, aber auch durch überlegene Beherrschung des Materials, durch zähe unermüdete Aufbauarbeit im Großen wie im Kleinen.

Wir kennen alle, die wir in dieser Arbeit mitten darin stehen, die ungeheuren Schwierigkeiten, die wirtschaftliche und finanzielle Not dieser Arbeit bereitet. Wenn die Kommunisten diese Schwierigkeiten mit hämischen Worten begeißelt, so zeigen sie damit nur, daß ihnen an einer ernsthaften Arbeit für die Kommune, die gleichzeitig eine Arbeit für die Gegenwart und Zukunft des Sozialismus wäre, nichts gelegen ist. Ernsthaft mit ihnen darüber zu diskutieren, lohnt sich nicht. Sie appellieren stets nur an die niedrigen Instinkte. Wir schämen die Arbeiterbewegung zu hoch ein und wissen, daß sie mit diesen Zerstreuten fertig werden wird.

Ein großes Stück wird Berlin in diesen Monaten vorankommen, wenn die Organisation der großen Wirtschaftsbetriebe gelöst sein wird. Heute zeigt es sich, daß die andauernde Arbeit, die an a. B. der Straßenbahn geleistet worden ist, ihre Früchte trägt. Die Berliner Güter der Stadt zu erhalten, ist gelungen und wir zweifeln nicht, daß nach der neuen Regelung, die demnächst von der Versammlung beschlossen werden wird, auch die Güter sich besser als unter den alten und vom Bürgertum überkommenen Formen entwickeln werden.

Die Bedeutung dieser Arbeit kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Von ihrem Ausgang wird es nicht zum wenigsten abhängen, ob es gelingen wird, auf dem Wege der Kommunalisierung weiterzugehen, sowie die Finanznot der Stadt ein wenig behoben ist. Zwar wird jeder Kenner über das hysterische Gerede von dem Bankrott der Stadt nur lächeln können. Berlin hat einen Milliardenbedarf in seinen Wirtschaftsunternehmungen. Berlin wird nicht zu Grunde gehen. Dem stehen viel zu starke Interessen der Gesamtheit entgegen, daß das möglich wäre. Aber niemand verkennet, daß wir in der Reichspolitik erst die Hemmnisse überwinden müssen, die nur durch ein konsequentes Fortschreiten auf dem Wege einer zielbewußten Erfüllungspolitik überwunden werden können.

Dann erst wird sich zeigen, welches Fundament in Berlin durch unsere Arbeit für die weitere Zukunft gelegt ist. Alles wird abhängen von der ausdauernden Zielarbeit, mit der die Arbeiterpartei Schritt für Schritt um ihre weiteren Positionen kämpft. Die sozialistische Arbeit in der Gemeinde — heute ist sie nötiger denn je. Der Zusammenbruch der Arbeiterpartei wird aus dieser Arbeit ein gut Stück erleichtert. Mögen heute noch die Kommunisten absichtlich stehen. Wir zweifeln nicht, daß auch sie unter dem Druck der Verhältnisse in die gemeinsame Kampfreihe sich werden

einreiben müssen, je mehr wir unseren Weg unbeirrt um momentane Stimmungen gehen — geradeaus für den Sozialismus — für die sozialistische Gemeinde.

Arbeiter-Bildungsschule

Am kommenden Quartal beginnt die Arbeiter-Bildungsschule ihre wissenschaftliche Bildungsarbeit mit folgenden Kursen:

1. Geld und Kreditwesen, Entziehung, Weien und Bedeutung des Geldes, Währung und Soluto, Kredit-Verkehr, Geldwertung und Inflation vor dem Krieg, Währungsreform und Marktabwärtigung, Inflation und Steuern. Vortragender: Dr. Wilhelm Reder, Kurstag: Freitag.

2. Philosophie und Sozialismus: Die philosophischen Grundlagen der politischen Parteien mit Rücksicht auf den Sozialismus. Das Prinzip der staatsbehaltenden Parteien (Konföderalismus und Reaktion), Liberalismus und Freiheitspartei, Reformismus, Marxismus, Kommunismus, Demokratie und Sozialismus. Vortragender: Dr. Hellmuth Falkenfeld, Kurstag: Freitag.

3. Schulfragen der Gegenwart. Die heutige Schule und der Sozialismus. Einheitschule und die heutige Schulart. Schule und Wirtschaftsleben. Gegenwartsaufgaben. Vortragender: Dr. Anna Siemjen, Kurstag: Montag.

4. Seminar, Theorie und Praxis der modernen Arbeiterbewegung. Leiter des Seminars: Alexander Stein, Kurstag: Donnerstag.

Zu diesem Kursus werden nur Hörer mit Vorkenntnissen zugelassen. Es wird zunächst an die bisherigen Hörer der Kurse des Genossen Stein gedacht aber auch andere Hörer, die sich Vorkenntnisse erworben haben, werden zugelassen. Bei der Anmeldung bitten wir um Angabe, welche Wissensgebiete bisher gehört wurden.

Die Anmeldung zu sämtlichen Kursen muß schriftlich oder mündlich im Büro der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 89, geschehen, eröffnet von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.

Der Hörebeitrag beträgt 25 M. für den Kursus und muß bei der Anmeldung entrichtet werden. Arbeitslose erhalten eine Ermäßigung oder Freikarte.

Die Kurse beginnen in der Woche vom 16. bis 21. Oktober mit Ausnahme des Kursums: Schulfragen, der am Montag, den 20. November, beginnt.

Mehr wie je bedarf der Sozialismus wissenschaftlich ausgerüstete Kämpfer, wir erwarten daher rege Teilnahme an unseren Kursen.

Kursuslokal für sämtliche Kurse: Sophienschule, Weinmeisterstraße 16-17.

Zusatzangabe!

Das Ernährungsamt teilt mit: Wegen Abgabe des mit A 1 bezeichneten Abschnitts der Milchkarten A 1 für den Monat September (für Kinder im ersten Lebensjahre) werden 2 Pfund Ruder zum Kleinhandelspreis von je 35 M. abgegeben. Die Ausgabe erfolgt ohne Voranmeldung in der Zeit von Mittwoch, den 1. bis einsch. 10. Oktober d. J. a) in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung und des Beamtenwirtschaftsvereins, nur für Mitglieder, b) in den an den Anschlagtaulen und in der nächsten Nummer des Gemeindeflaten abgegebenen Kleinhandelsgeschäften.

Erhöhung des städtischen Schulgeldes

Eine bayerische Korrespondenz meldet: Der von uns mitgeteilte Antrag der Finanzverwaltung des Magistrats beschlossene Ansuchen den anstehenden Ausschuss der Schuldenverwaltung. Die wir hören, sprachen sich auch die Vertreter der Sozialdemokratie gegen die Erhöhung auf 4000 Mark aus, namentlich mit Rücksicht darauf, daß das Schulgeld bereits nach dem Einkommen der Eltern angesetzt wird. Da nach dem geltend gemachten Erlaß des Unterrichtsministeriums das Schulgeld vorläufig nur auf höchstens 2000 Mark erhöht werden darf, verteidigte der Schulausschuss die Entscheidung.

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(68. Fortsetzung.)

Und hören Sie: gehen Sie ruhig einmal irr. Gehen Sie lässig irr. Lassen Sie sich ablenken. Das schadet nichts. Das erweitert und schließt auf. Sie tragen dabei ein, wie die Bienen. Nur wieder zu den Waben zurückfinden. Das muß Instinkt werden, Charakterinstinkt.

„Aber die Arbeit, Herr Professor!“

„Die Arbeit? Diese Frage ist auch so recht deutsch. Als ob die Arbeit alles wäre. Die Arbeit ist nur ein Mittel des Lebens, ein Mittel zu sich selbst. Kein Zweck. Herrgott, diese verdamnte Zweckmäßigkeit, weltanschauung, die nur Schweistiere aus uns macht! Die Arbeit wird oft am besten gefördert, wenn wir nicht arbeiten. Dieses Sicherengern ins tägliche Pensum und die exakte Einteilung. Gehen Sie, Kaiser, Sie werden reif für den grünen Tisch. Was ich ein Gefampel mit den Eiern am grünen Tisch im Ministerium habe, nein, nicht zu sagen, da lerne ich es kennen, was das für Geister sind. Die Jugend wird mir immer seltsamer: sie pocht auf eine Konföderativität, die ihr gar nicht angemessen ist, in der sie sich selbst auflöst, ohne es zu merken. Mit vierzig Jahren sind die Leute alle Greise. Was sind zehn Jahre in einem Menschenleben! Ich hätte morgen um, wenn ich die innere Notwendigkeit dazu fühle, und ich bin nun schon bald am halben Hundert — und meine Pflanzlinie ist noch keine zehn Jahre alt.“

Sie waren so zu sprechen gekommen, weil Philipp es abgelehnt hatte, diesen Winter an den Berganigungen teilzunehmen. Die Geldfrage spielt keine Rolle mehr. Er hatte durch die Vermittlung des Professors dreitausend Mark bekommen — a la mode —, aber wenn Sie es später einmal zurückzahlen wollen, sollen Sie den Geber erfahren“, hatte Professor Winter gelagt. So hatte Philipp die Arbeit vorgeschlagen.

„Ich will Ihnen sagen“, nahm der Professor wieder die Rede auf, „Sie sind schon zu lebensfeindlich geworden durch die paar Jahre Entbehrung. Ich kann Ihnen sagen, Sie müssen dagegen ankämpfen. Es führt zu nichts. Sie laufen in eine Sackgasse hinein.

Dann leben Sie sich fünfzig Jahre lang auf die gleiche Weise, wiederholen sich mit jedem Tage fünfzig Jahre lang pedantisch selber. Langweilig. Ewig im Kreise herum. Wenn Sie Ihren Ehrgeiz dazwischen setzen, daß Ihr Leben ein schöner runder Kreis ist, bedauere ich Sie. Ihr Leben muß eine fortlaufende Linie sein. Dazu gehört mehr Kraft, als diese herabhängende Charakterkraft der Einsamen und Harmonischen. Dumm, daß die Harmonie nur in der Einsamkeit sein soll, weil ein feiner Kopf sie drin gefunden hat. Charakter, Harmonie, Einsamkeit, das muß etwas so Tiefes und Selbstverständliches und Sicheres in uns werden, daß wir uns nicht einen Bruchteil daraus zu machen brauchen. Eine heimliche Medaille, wenn Sie wollen — Schwäche ist da noch genug darin, aber immerhin — aber sonst: nur keine Krähwinkelerei. Wir wollen Weltmenschen sein, umfassend, beweglich, angeregt, und anregend.“

„Dazu gehört die entsprechende Herkunft und Erziehung“, warf der Philipp ein.

„Wie meinen Sie?“

„Nun, dazu muß einem etwas von der Wiege mitgegeben sein, dazu muß man die Kinderstube gehabt haben.“

„So? Sie glauben an die Macht des Geburtsaristokratismus? Nein! Ich glaube gar nicht daran.“

„Aber sehen Sie sich doch nur die Menschen an. Sie sind alle das, wozu sie geboren sind.“

„Ganz richtig, wozu sie geboren sind, aber nicht als was sie geboren sind. Rasse in diesem Sinn muß in ihnen sein. Rasse der Verdesfähigkeit. Rasse des Aufstiegs. Das andere — pui! Es kommt auf die Kristallisationskraft in uns an. Sonst bleiben wir Straßendreck. Aber daß die Kristallisationskraft fehlt, das finden Sie oben wie unten.“

„Nur daß es oben keinen Strohdreck gibt“, triumphierte Philipp.

„Der äußere Schein ist oft ein anderer. Quarz und Glimmer, die wie Edelstein wirken. Wohl.“

„Und die Vererbung?“

„Leiden Sie an ihr?“

Philipp zögerte.

„Es läßt sich nicht so rasch darüber entscheiden. Wir dürfen nur nicht die Begriffe verwechseln. Was der Mensch äußerlich ist, entscheidet nicht; was er innerlich

ist, ist im Leben wirksam. Und diese Begriffsverwechslung haben Sie in der Geburtsaristokratie meist. In der Vererbung sind aber das die entscheidenden Faktoren, die sich als positive Kraft geltend machen — die die positiv-prävalierenden sind. Darin muß uns etwas mitgegeben sein. Das gebe ich zu. Wo das negative Element prävaliert, oder wo eine kulturelle Gleichgültigkeit vorherrscht, da ist nichts zu erwarten. Das ist verkommene Rasse, Masse ohne Verdesfähigkeit. Die detestiere ich. Aber woher wir erben, wer da wieder in uns in dem positiven Sinne wirksam wird, das wissen wir oft nicht. Es kommen Eigenschaften wieder herauf, die langen Schlaf zur Stärkung gebraucht haben. Vorsichtig damit umgehen! Wissen Sie was: in meiner Jugend habe ich die Gänse gehütet. Neben uns wohnte ein Fischer — das war eine ordinäre Bande, von oben bis unten hin.“

„Mein Vater war Maurer und ist im Rhein ertrunken“, sagte Philipp — „und meine Mutter macht Ziegel in einer Kegelerei.“

„Mensch“, fuhr der Professor auf, „was sprachen Sie nicht eher davon, wenn Sie das bedrückte? Was liegt daran! Wenn Sie einen Einbruch davon haben sollten, um so mehr ist Korrektur vonnöten. Um so mehr müssen Sie für Leichtigkeit sorgen, sonst gibt Ihnen das ein Gewicht, das Sie nicht mehr los werden.“

Er legte ihm die Hände auf die Schultern und sprach sehr gültig:

„Sie gehen Sonntag hin zum Kommerziant Ebner und machen Ihre Visite. Mittwoch sind Sie auf dem Maskenfeste. Und wo eine Einladung her kommt, da gehen Sie hin. Man will Sie kennenlernen. Kommerziant Ebner interessiert sich für Sie. Er ist ein Parvenu. Aber er hat Verpflichtungen an seine Stellung. Das fühlt er. Weiter ist's nichts mit ihm. Stimmvieh im geistigen Leben, Banause, Philister. Aber das zählt für einen Maskenball nicht. Im Gegenteil, das ist sehr gut. Sie können sich amüüsieren in der Beobachtung, wie der Mann seine Maske trägt. Sehen Sie, in solcher Leute Leben kommt es nur auf die Maske an und wie sie getragen wird. Das ist ein gesunder Zynismus, damit zu rechnen.“

Und Philipp war willig.

